

RALF RIPPEL

## Nichts mehr zu verteilen?

Ralf Rippel – Jg. 1963; Dipl. Ing., absolvierte eine Ausbildung zum Baufacharbeiter und studierte an der Ingenieurschule für Bauwesen in Apolda, arbeitet als Konstrukteur und ist Sprecher der Arbeitsgemeinschaft »Betrieb & Gewerkschaft« beim Landesvorstand der PDS Berlin.

Unter dem Motto »Nichts mehr zu verteilen?« fand am 23. und 24. November 2001 in Mannheim die 8. *Gewerkschaftspolitische Konferenz* der PDS-Bundestagsfraktion und der AG Betrieb & Gewerkschaft statt.

Die seit über einem Jahr von der IG Metall geführte Zukunftsdebatte unter der Losung »fair-teilen« aufgreifend, beschäftigte sich die Konferenz mit Fragen der Verteilungspolitik in bezug auf Einkommen (Tarifpolitik), Vermögensbeteiligung (Aktionärs-gesellschaft), Auswirkungen auf die öffentliche Daseinsvorsorge (Deregulierung) und die Rolle des Sozialstaates (Ende des verteilenden Staates). Inhaltlich knüpfte die Diskussion auch an die 7. *Gewerkschaftspolitische Konferenz* an, die 2000 zum Thema »Moderner Kapitalismus – alte Gewerkschaften?« in Kassel veranstaltet wurde.

Bereits bei der Podiumsdiskussion zum Thema »Neoliberale Verteilungspolitik – zwei verlorene Jahrzehnte für die Gewerkschaften?«, an der unter anderem Detlef Hensche (Ex-Vorsitzender der IG Medien) und Heidi Knake-Werner (seit Januar 2002 Sozialsenatorin in Berlin) teilnahmen, wurde deutlich, vor welchen Herausforderungen die Gewerkschaften heute stehen. So hat sich die Umverteilung von unten nach oben in den letzten zwei Jahrzehnten dramatisch beschleunigt, wobei es in vielen Bereichen zu realen Lohneinbußen gekommen ist. Trotz steigender Zahl von Sozialhilfeempfängern stagniert die Sozialleistungsquote. Das zeigt, daß die explosive Vermögensbildung an den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern weitgehend vorbeigegangen ist.

Zur Einstimmung auf die folgende Diskussion referierte Michael Wendl (Stellvertretender Ver.di-Vorsitzender in Bayern) über tarifpolitische Probleme und Perspektiven im Shareholderkapitalismus. Wendl verwies darauf, daß die Lohnstückkosten (das Verhältnis von Arbeitskosten zur Arbeitsproduktivität) in den letzten Jahrzehnten, mit Ausnahme des Zeitraumes von 1970 bis 1975, stets gesunken sind. Tarifpolitisch müßten die Gewerkschaften wieder zu Löhnen und Gehältern zurückkehren, die sich an der Produktivitätsentwicklung orientieren. Gestützt wurde diese Forderung auf die Kaufkrafttheorie von John Maynard Keynes. Diese besagt, daß es gerade in Zeiten drohender Währungsinstabilität auf die Stabilität der Löhne ankommt, da so die Nachfrage nach Konsumgütern stabil gehalten werden kann. Sinkende Löhne in Krisenzeiten bewirken folglich auch eine sinkende Binnennachfrage, auf die die Wirtschaft wiederum mit Produktionsverschlinkung und Arbeitsplatzabbau reagiert.

Das zweite Referat wurde von Dieter Scholz (DGB-Vorsitzender, Berlin/Brandenburg) zum Thema »Ende oder Erneuerung sozialstaatlicher Verteilungspolitik« gehalten. Scholz ging auf die Steuern als staatliches Instrument zur Umverteilung von unten nach oben ein und kritisierte, daß die Unternehmenssteuern von Jahr zu Jahr sinken und heute nur noch rund 17 Prozent zum Gesamtsteueraufkommen in der Bundesrepublik beitragen. Als einen möglichen Ansatzpunkt für Gegenmaßnahmen schlug er die Besteuerung von Zinseinkünften und Vermögen sowie die generelle Erhöhung der Erbschafts- und Schenkungssteuer vor. In diesem Zusammenhang betonte Scholz, daß die Verteilungsfrage die entscheidende Frage des 21. Jahrhunderts sein wird. So leben von den ca. sechs Milliarden Menschen auf der Welt gerade einmal rund eine Milliarde im Wohlstand, eine weitere Milliarde ist dem Tode näher als dem Leben und die große Mehrheit von etwa vier Milliarden lebt am Rande des Existenzminimums. Angesichts dieser alarmierenden Zahlen schlußfolgerte Scholz: »Wer will, daß die Welt so bleibt, der hat nichts begriffen.«

Die beiden Referate und die sich anschließende Diskussionsrunde offenbarten die Notwendigkeit der Herstellung von Verteilungsgerechtigkeit auf allen Ebenen. Worin aber bestehen entsprechende Handlungskonzepte und durch welche konkreten Maßnahmen und Schritte kommen wir einer gerechteren Welt näher? Diesen Fragen haben sich die Konferenzteilnehmer in vier getrennten Foren zugewandt.

Im Forum 1 wurde die Frage nach dem Verteilungsspielraum der Tarifpolitik diskutiert. In der Ankündigung wurde unter anderem herausgestellt, daß »die Ergebnisse der Tarifpolitik ... der entscheidende Faktor für die Verteilung von Volkseinkommen, der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme und nicht zuletzt für die Beschäftigungssituation (sind)«. An anderer Stelle hieß es: »Versagt die bisherige Form der Tarifpolitik, versagen die Gewerkschaften oder ist es überhaupt unmöglich geworden, die Verteilungsverhältnisse durch Tarifpolitik zu gestalten?« Ausgangspunkt der Debatte bildete eine kurze Einschätzung der aktuellen Probleme in den Tarifauseinandersetzungen. Kritisiert wurde, daß sich die Gewerkschaften der Illusion hingegeben haben, in korporatistischen Bündnissen wie dem »Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit« etwas zu erreichen. Die Folgen seien jedoch Lähmung der Gewerkschaften und Schwächung ihrer Kampfkraft. Nach 1998 hätten sich die Gewerkschaften zu stark in die regierungsoffizielle Politik einbinden lassen. Dies habe zur Resignation bei vielen Kolleginnen und Kollegen geführt. Ferner führten Ausgliederungen und Ausgründungen zur Unterwanderung von Tarifverträgen, während maßvolle Lohnabschlüsse nicht die angekündigten neuen Arbeitsplätze zur Folge gehabt hätten. Der Übergang zur ertragsabhängigen Entlohnung bedeute das Abgehen vom Prinzip der inflations- und produktivitätsorientierten Lohnpolitik.

Zusammenfassend wurden aus der Diskussion die Schlußfolgerungen gezogen, daß die Tarifpolitik nicht in das »Bündnis für Arbeit« gehöre und die Kampagne »fair-teilen« weiterentwickelt werden müsse. Zudem sei die Erosion der Flächentarifverträge nur

international zu verhindern. Die Tarifrunde 2002 wird als entscheidend für die weitere Entwicklung der Gewerkschaften angesehen.

Das Forum 2 widmete sich der Frage, sind wir »Auf dem Weg zur Aktionärs-gesellschaft?« Vorab hieß es dazu unter anderem: »Auf den Aktienmärkten ist in den vergangenen Jahren viel Geld verdient worden. ... Selbst in den Gewerkschaften wird der Ruf nach einer Beteiligung am volkswirtschaftlichen Reichtum durch Aktienbesitz lauter.« Und weiter wurde gefragt: »Können sich die Beschäftigten an der Börse holen, was ihnen in der Lohnpolitik versagt bleibt?« Grundlage der Debatte bildete eine kurze Übersicht über die Vermögenskonzentration in der Bundesrepublik. So besitzen fünf Prozent der Kapitalgesellschaften 80 Prozent des Produktivvermögens und außerdem werden von zehn Prozent der Bevölkerung 78 Prozent der Wertpapiere gehalten. Nur 21 Prozent der Bundesbürger besitzen Aktien. Anhand dieser Fakten wird ersichtlich, welchen Einfluß der Dachverband kritischer Aktionäre auf den jährlichen Aktionärsversammlungen ausüben kann. Obwohl die Herren in den Vorstandstagen die Kritiker bei Abstimmungen nicht fürchten müssen, so können diese die Versammlungen doch als Podium für kritische Anfragen und Forderungen nutzen. Die deutsche ABB konnte zum Beispiel, so wurde berichtet, gezwungen werden, der Stiftung zur Entschädigung von Zwangsarbeitern beizutreten. Ein weiterer Schwerpunkt der Diskussion war die Forderung der Unternehmerverbände, gewinnabhängige Löhne und Gehälter einzuführen. Obwohl dieser Vorschlag einst sogar aus Gewerkschaftskreisen kam (Klaus Zwickel/IG Metall), wurde er als unseriös abgelehnt. Hierbei würde sich nämlich das Gewinnrisiko des Unternehmers reduzieren und das Lohnrisiko des Beschäftigten erhöhen. Doch damit noch nicht genug. Da das Betriebsergebnis vor allem von Marktschwankungen abhängig ist, auf welche der Arbeitnehmer keinerlei Einfluß hat, bliebe ihm auch die Möglichkeit verwehrt, diesen Teil des Lohnes gegebenenfalls zu erhöhen. Die fixen Kosten, zu denen auch der Lohn gehört, werden somit teilweise zu variablen, die zur Steigerung des Profites beitragen.

Beraten wurde zudem über das Modell »Metallrente«, das als Antwort auf die »Riesterrente« ins Leben gerufen wurde. Der Aufbau eines gewerkschaftlichen Rentenfonds, so die Idee, würde den Beschäftigten die Möglichkeit bieten, durch Aktienbesitz am gesellschaftlichen Reichtum zu partizipieren. Bei diesem Modell wird das Versorgungswerk paritätisch von der *IG Metall* und *Gesamtmetall* besetzt und finanziert. Dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß mit der Aufkündigung der paritätischen Rentenfinanzierung eine enorme soziale Schieflage entstanden ist. Und diese wird sich auch nicht einmal annähernd mit den zu erwartenden Kapitalerträgen der angelegten Rentenbeiträge beseitigen lassen.

Auf dem Forum 3 wurde die Frage nach dem »Ende des verteilenden Staates« aufgeworfen. »Nirgendwo heißt es öfter »nichts mehr zu verteilen«, als im Zusammenhang mit den Staatsfinanzen. Tatsächlich ist der Staat immer noch die größte Geldsammelstelle des Landes und greift kräftig in die Verhältnissen ein« – so ein Zitat aus dem Faltblatt. Zur Diskussion wurden einige Thesen aufgestellt: Für die Sozialdemokratie hat der verteilende Staat offen-

bar ausgedient; der Staat soll auf seine aktivierende Funktion zurückgeschraubt werden; die Sozialpflicht des Eigentums ist nicht mehr zeitgemäß; echte Demokratie kann nur ohne die Angst vor Arbeitslosigkeit, Armut und sozialem Abstieg funktionieren.

Im Ergebnis der Beratung zu den Thesen kamen die Teilnehmer der Diskussion zu Einsichten, die allerdings zum Teil mehr neue Fragen aufwarfen als sie Antworten gaben. Zwar sei die These vom Ende des verteilenden Staates unhaltbar, doch heute verteile er von unten nach oben. Die Umverteilung wird von Rot/Grün, unter Einbeziehung der Gewerkschaften fortgesetzt. Deshalb müssen die Gewerkschaften Solidarität wieder zu dem machen, was sie einmal war – nicht Konfrontation, sondern Kooperation.

Im Mittelpunkt vom Forum 4 stand die »Öffentliche Daseinsvorsorge als Verteilungspolitik«. Zur öffentlichen Daseinsvorsorge zählen all jene Bereiche, welche die Befriedigung der Grundbedürfnisse aller möglichst unabhängig vom Geldbeutel gewährleisten. Dazu zählen neben der Bereitstellung von preisgünstigem Wohnraum und Energie auch die Krankenversorgung, Kindertagesstätten und die Vermittlung von Arbeitsplätzen und ähnliches. In der Ankündigung zu diesem Forum hieß es: »Wohlstand ist nicht nur eine Frage des Einkommens, sondern auch der öffentlichen Angebote. Ein immer größerer Teil unseres Lebens hängt von der öffentlichen Daseinsvorsorge ab, so dass die Bereitstellung öffentlicher Güter von entscheidender Bedeutung für die Lebensqualität und soziale Gerechtigkeit in einem Lande ist. (...) Denn der gesellschaftliche Reichtum wird nicht nur durch Einkommen verteilt, sondern auch durch die Bereitstellung sauberen Trinkwassers oder benutzerfreundlicher und preisgünstiger Verkehrsmittel.« Ausgangspunkt für die Diskussion waren drei Thesen. Erstens sei dringend eine Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur erforderlich; zweitens sei zu sehen, daß bei der Fremdvergabe von Aufgaben nicht unerhebliche Folgekosten entstehen; drittens seien die Globalisierungsgegner innerhalb von ATTAC gut vernetzt (auch Ver.di ist Mitglied in diesem Netzwerk).

Obwohl das Thema öffentliche Daseinsvorsorge, welches immer im Zusammenhang mit den Deregulierungsbestrebungen der internationalen Konzerne und der Globalisierung betrachtet werden muß, innerhalb der zur Verfügung stehenden Zeit nicht ausreichend debattiert werden konnte, waren sich die Teilnehmer doch in drei wesentlichen Punkten einig: Bei einer Privatisierung, die sich nicht verhindern läßt, müssen die gemeinsamen Interessen der Bürger und der Beschäftigten konsequent durchgesetzt werden. Allerdings sei die Privatisierung von öffentlichen Aufgaben auf Dauer die schlechteste Lösung, da sie nur kurzfristig liquide Mittel einspielt und die Folgekosten immens sind. Schließlich müßten die Gewerkschaften stärker an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger ansetzen, um wieder mehr Menschen für die Gewerkschaften zu interessieren.

Anschließend und zusammenfassend sei noch an ein Wort von Dieter Scholz erinnert: »Soziale Gerechtigkeit, das sind Steuergerechtigkeit, Daseinsvorsorge und Neuverteilung der Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung. Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist reif!«